

1) Wie werden Sie den Wert unserer Selbstverwaltung und unserer Berufsrechte in Europa bewahren?

Die Freien Berufe sind durch ihre spezifischen Qualifikationsanforderungen und ihre Berufsordnungen Garant für Qualität und Verbraucher*innenschutz. Dieses Erfolgsmodell für die Freien Berufe wie auch für die Verbraucher*innen, gilt es immer wieder klug weiterzuentwickeln. Dabei sollen das hohe Verbraucher*innenschutzniveau, die Qualität der Dienstleistungen, das System der Selbstverwaltung und die Qualität der Berufsausbildung gewahrt bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Länder ihre Konditionen für das Anbieten von Dienstleistungen bei Wahrung des fairen Wettbewerbs weiterhin selbst regulieren.

2) Wie wollen Sie die Qualität freiberuflicher Arbeit sichern, sollte das Fremdkapitalverbot in Deutschland fallen?

Wir setzen uns für die Unabhängigkeit der Berufsausübung bei den Freien Berufen ein, damit diese frei von wirtschaftlichen Interessen Dritter und Gewinnmaximierung zum Wohle der Patient*innen und Klient*innen erfolgen kann. Gleichwohl erkennen wir an, dass das pauschale Fremdkapitalverbot insbesondere im Bereich der Rechtsberatung zu zum Teil erheblicher Benachteiligung deutscher Kanzleien im europäischen Vergleich führen kann. Deswegen setzen wir uns für eine Prüfung der Regelung ein und würden bei Wegfall des Fremdkapitalverbots dafür stark machen, Interessenkonflikte bestmöglich zu verhindern, beispielsweise durch Exit-Restriktionen für Kapitalgebende, die Beschränkung auf Minderheitsbeteiligungen und klare vertragliche Bestimmungen zur Wahrung der Unabhängigkeit in der Berufsausübung.

3) Wie wird KI das Berufsbild der Freien Berufe verändern und welche europäischen Regelungen halten Sie für notwendig?

Die Auswirkungen von KI-Anwendungen auf die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft entwickeln sich derzeit von Tag zu Tag, deswegen ist es wichtig, dass wir mit der KI-Regulierung auf europäischer Ebene ein Signal auch weltweit gesendet haben: wir wollen KI-Innovation fördern, die das Vertrauen der Anwender*innen und der Bürger*innen verdient. Deswegen bringt die KI-Regulierung einerseits Freiraum zur Entwicklung entlang von Leitplanken, und macht andererseits deutlich, dass bei uns bei Grundrechte-Verletzungen und Diskriminierung eine Grenze überschritten sehen. Mit Hilfe von gezielten Anreizen für Industrie und Anwender können wir in den nächsten Jahren Technologien fördern, die der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Umwelt zugutekommen.

4) Wie wollen Sie den in Zeiten zunehmender Digitalisierung notwendigen Datenschutz vorantreiben, ohne die Freien Berufe mit unnötiger Bürokratie zu belasten?

Der Schutz personenbezogener Daten ist als Grundrecht besonders durch die Digitalisierung und das Anwachsen der Datenmengen eine Herausforderung. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, einerseits das hohe Datenschutzniveau als Standortfaktor zu nutzen, und andererseits die Effizienz und Effektivität der Datenschutzgesetzgebung sowohl für Betroffene als auch Firmen und Selbstständige etwa im Rahmen der DSGVO-Verfahrensverordnung weiter zu steigern.

5) Was konnten Sie bzw. Ihre Partei in der vergangenen Legislaturperiode für die Freien Berufe erreichen?

In dieser Legislaturperiode konnten wir große Schritte in der grünen und digitalen Transformation unseres Binnenmarktes gehen, um ihn zum Werkzeug im Kampf gegen die Klimakrise und Ressourcenverschwendung zu machen. Davon profitieren unser Planet, genauso wie Verbraucher*innen, Unternehmen und freie Berufe. Mit den Gesetzen für digitale Märkte und digitale Dienste haben wir ein Grundgesetz für das Internet geschaffen und faire Regeln online wie offline etabliert, um einen digitalen Binnenmarkt zu schaffen. Wir haben die weltweit erste Regelung künstlicher Intelligenz auf den Weg gebracht. Mit hohen Standards im Daten- und Verbraucher*innenschutz, in der sozialen Absicherung und in der Nachhaltigkeit stellen wir unseren Binnenmarkt für die Zukunft auf und erhalten die globale Wettbewerbsfähigkeit. In einer Legislaturperiode, die von Krisen geprägt war, haben wir uns regelmäßig mit der Anerkennung von Berufsqualifikationen und öffentlicher Beschaffung beschäftigt.